

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Meisa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Landgericht und des Rates der Stadt Meisa, des Finanzamts Meisa und des Hauptzollamts Meissen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkassenzettel: Dresden 1923
Circulose Meisa Nr. 52.

Nr. 260.

Mittwoch, 7. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 1. 11. bis 31. 12. 21 Markten. Einmalige Belegpreise für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 120 Mt.; die 20 mm breite Zeile 80 Mt.; die 10 mm breite Zeile 40 Mt.; zeitweiser und tabellarischer Satz 50% Zuschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Reihenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundpreisen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenzifferzahl. Beste Tarife. Vermittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Meisa. Nichtständige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Kanger & Winterlich, Meisa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. **Seitenschiff: 130 Millionen.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Meisa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Meisa.

Regierungserklärung des sächsischen Ministerpräsidenten

Sächsischer Landtag.

M. Dresden, 6. November 1923.

Regierungserklärung und Auflösungsantrag standen für die heutige Sitzung auf der Tagesordnung. Man sollte meinen, daß angesichts solcher Dinge der Naturum auf die Landtagssitzung ein gewaltiger Sturm blies. Aber das Interesse ist scheinbar abgetaucht. Die Tribünen weisen viele Lücken auf. Sofort nach der Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten erteilt das Wort Ministerpräsident Heilich zu folgender Erklärung:

Meine Damen und Herren! Die Regierung, die in schwerster Zeit der Not von Volk und Land ihr verantwortungsvolles Amt antritt, wird es als ihre Aufgabe betrachten, auf dem Boden der Verfassung zu wirken und die Verfassung zu schützen. Jeder Versuch, die Verfassung zu verletzen, von woher er auch kommen möge, sprengt das soziale Gefüge eines Landes, zermörtet seine Kraft und vernichtet seine wirtschaftliche und kulturelle Fruchtbarkeit.

Es erschien geboten, die dem eigenen allgemeinen Volkswillen widersprechende reichskommissarische Verwaltung in Sachsen so rasch wie möglich durch eine ordnungsmäßige Regierung zu ersetzen, die in der Beachtung und dem Schutze der Reichs- und Landesverfassung ihre oberste Pflicht sieht.

Ich versichere, daß die Regierung diese Pflicht getreu erfüllen will. Sie fordert aber Achtung der Verfassung im ganzen Reich und rücksichtsloses Vorgehen der Reichsgewalt überall dort, wo wirklich Verfassungsbruch vorliegt. Es darf aber nicht vorzukommen, daß in Deutschland die verfassungsmäßige Regierung eines Landes, die die Einheit des Reiches auf dem Boden der Reichsverfassung erhalten wissen will, durch das Reich bestraft wird.

Die Regierung stellt fest, daß bei dem Vorgehen gegen die bisherige sächsische Regierung eine Form zur Anwendung gekommen ist, die mit der Würde einer Landesregierung unvereinbar und für ein Volk in einem parlamentarisch regierten Lande unerträglich ist.

Gerade jetzt ist es ein ehernes Pflichtgebot einer jeden Regierung, alle im Volke und seiner Wirtschaft auflodernden Kräfte zu konzentrieren zu dem Zwecke, das lurchbare Gland, das heute nicht mehr nur allein die Masse der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Sozial- und Kleinrentner, sondern vor allem auch schon weite Kreise des Mittelstandes erfasst hat, zu lindern. Die Regierung muß daher von allen Volksteilen erwarten, daß soziales Pflichtgefühl über eigenem Vorstellstreben stehen und wahrhafte Menschenökonomie als Erfolgsziel jeder emigen, produktiven Arbeit betrachtet wird. Die Regierung wird in diesem Zwecke alles, was in ihren Kräften steht, tun, um das Wirtschaftsleben zu fördern.

Die neue Regierung stellt den ersten Versuch dar, auf verfassungsmäßig parlamentarischer Grundlage die Militärverwaltung im Lande zu befeitigen und die ordentliche Regierungsgewalt in Sachsen wieder herzustellen.

Sie erwartet, daß die Aufgabe im ganzen Lande und vom ganzen Volke richtig erkannt und an ihrer Lösung von allen redlich mitgearbeitet wird, um hohe Güter für Wirtschaft und Freiheit zu retten. (Schwacher Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach der Verlesung der Erklärung verlas sich das Haus auf 2 Stunden, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu der Regierungserklärung Stellung zu nehmen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gegen 7 1/2 Uhr wird in die ordentliche

Beisprechung der Regierungserklärung

eingetreten.

Abg. Wirth (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion billigt die Regierungserklärung. Die Vereinbarungen, die mit den Kommunisten zur Regierung gezeichnet worden, seien von den Kommunisten nicht gehalten worden. Seine Partei mißbilligt die Aufnahme der Kommunisten gegen die Reichsregierung und ebenso das Vorgehen der Reichswehr gegen Sachsen. In Bayern müßten verfassungsmäßige Zustände herbeigeführt werden. Die erste Aufgabe der Regierung sei die Wiederaufrichtung der Wirtschaft und die Behebung der sichtbaren Not. Seine Fraktion sei der Überzeugung, daß die Regierung willens sei, diese Aufgabe zu lösen und spreche deshalb der neuen Regierung ihr Vertrauen aus.

Abg. Weutter (Dnat.): Der Faden, der von der neuen Regierung gesponnen werde, ist der gleiche wie früher, nur die Personen sind andere geworden, nicht ihre Anschauungen. Redner beschäftigt sich dann mit den Ereignissen, die zu dieser Regierungsbildung geführt hätten. Die Regierung sei nicht mit dieser Regierung vor der ganzen Welt, soweit es möglich war, blamiert. Blamiert hat sich damit auch die sozialdemokratische Partei. Denn wie man einem Reigner, einen Alletanten vom reinsten Wasser, die politische Führung überlassen konnte, wird man nicht begreifen. Begreifen wird man nicht, wie man einen Völkcher zum Finanzminister machen konnte. Ein Völkcher ging durch ganz Sachsen, als Helms als Reichskommissar auftrat und damit die Tat und nicht mehr das Wort die Stunde regierte. Die seitwellige Ausschaltung des Parlaments hat im Lande durchaus keinen großen Anstoß erregt. (Geheul.) Aber die Tat reizte nicht Lassa in Sachsen. Strafe

mann und Ebert wurden mit ihrem eignen Mute hange, und Stresemann verschlug Heine mit einer Eisenkange das Mikroskop, weil die sächsischen Ereignisse die große Koalition ins Wanken brachten. Das sächsische Volk ist durch das blühliche Verschwinden Prinzess enttäuscht worden. Wir hätten die große Koalition im Reich für einen großen Fortschritt deutscher Politik. Dieser Koalition bringen wir kein Opfer. Nur eins kann Deutschland retten: die Zusammenfassung aller Nationalitäten, unter Einbeziehung der Deutschvölkischen und Nationalsozialisten. (Großer Lärm links. Zurufe: Geben Sie doch nach München!) In dem Kampfe zwischen Bayern und dem Reich stehen wir auf der Seite Bayerns. (Abg. Völkcher ruft: Ihr Scheinheiligen! Dankenswerter! Dem Dogma: ohne die Sozialdemokratie kann in Deutschland nicht regiert werden, stellen wir entgegen: Deutschland kann aus dem Unlück, in das es mit Hilfe der Sozialdemokratie gestürzt worden ist, nur gerettet werden ohne die Sozialdemokratie. Auf eine dauernde Zerklüftung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten darf man nicht rechnen. Die Bürgerlichen müssen selbst die Hand ans Werk legen. Großes Interesse erweckt die Regierungserklärung nicht. Es fehlt in ihr auch das Versprechen, alle Volksteile zu schützen und Recht und Ordnung zu achten. Dem Antrag der Deutschen Volkspartei auf Auflösung des Landtages stimmen wir selbstverständlich zu. Wen mit diesem Landtag! Der nächste Landtag wird ein besserer sein.

Abg. Dr. Kaiser (Dn.) verteidigt dem Vordredner gegenüber, der Reichskanzler Stresemann habe da als Vertreter des Reiches, ihm gegenüber Bayern, Namens seiner Freunde erklärt er: Wir nehmen von der friedlichen Verführung der Regierung Kenntnis, daß sie jedem Veruche, die Verfassung zu gefährden, entgegenzutreten will. Wir widersprechen aber der in der Regierungserklärung ausgesprochenen Auffassung, daß die Maßnahmen des Reiches gegenüber Sachsen sachlich und in der Form dem allgemeinen Volkswillen widersprechen hätten und unerträglich gemessen seien. Es wird an der Regierung und dem Volke liegen, daß derartige Maßnahmen sich nicht wieder notwendig erweisen. Wir verlangen von der Regierung, daß sie der Hege gegen die Reichswehr entgegensteht und im verständnisvollen Einvernehmen mit ihr zu leben verlernt. Weiter fordern wir, daß sie die politische Meinungsfreiheit der Beamten mehr als bisher achtet und mit dem früheren Softem bricht, daß sie für Arbeit und Lebensmittel sorgt und den Wiederaufbau der schwer erschütterten sächsischen Wirtschaft fördert. Redner begründet dann seinen Antrag auf Auflösung des Landtages. Die gegenwärtige Regierung hat keine verlässliche Mehrheit im Landtage hinter sich. Es muß der Versuch gemacht werden, durch Hinwahl einer Mehrheit zu schaffen, die die Staatsnotwendigkeiten erkennt und den gesamten Interessen des Volkes gerecht wird, nicht aber einzelne Parteiziele verfolgt.

Abg. Völkcher (Komm.) hält eine lange Rede, in der er die gegenwärtigen Zustände in Sachsen von seinem Standpunkte aus schildert. Dem Antrage auf Auflösung des Landtages werde seine Partei zustimmen. Das Haus leert sich während der Rede bis auf wenige Abgeordnete. Zum Schluß erklärt Redner, seine Partei habe kein Vertrauen zu dieser Regierung.

Abg. Dr. Zentgraf (Dem.) rechnet zunächst mit dem Kommunistischen Redner ab. So sei noch nicht gebenedigt worden, wie soeben. Zwei Punkte in der Regierungserklärung erschienen uns grundlegend und wichtig: Das ist die Stellung zur Reichsverfassung, die in der letzten Regierungserklärung fehlte, und daß die Regierung sich selbst als eine Regierung des ganzen Volkes und nicht einer Partei. Den Worten muß nur die Tat folgen, und die erwarten wir. Den Vorgängen in Bayern wollen wir eine geschlossene Volksmasse entgegenstellen. (Abg. Siewert ruft: Zum Sozialverstand! Weiter!) Dem Auflösungsantrage der Deutschen Volkspartei werde seine Partei widersprechen.

Abg. Wehke (Soz.) meint, bei der Rede Weutters habe er sich um 50 Jahre ins preußische Abgeordnetenhaus zurückversetzt gefühlt. (Abg. Weutter: War eine schöne Zeit. Weiter!) Redner stellt nochmals die Ergebnisse dar, die sich bei der Bildung der Regierung seitlich abgespielt haben. Die Wünsche der Kommunisten sollten nicht dem Schutze der Republik dienen, sondern zu ganz anderen durchlaufenden Zwecken. Seine Partei sei willens, die bisher leer laufende Staatsmaschine wieder in Gang zu bringen. Nicht durch die leeren Versprechungen der Kommunisten werde der Hunger gehoben, sondern nur durch gesetzgeberische Maßnahmen. Und seine Partei würde sich freuen, wenn auch bürgerliche Kreise diesem Ziele ihre Arbeit leihen wollten.

Abg. Siewert (Komm.) erklärt, daß Zustandekommen dieser Regierung rechtfertige den kommunistischen Misstrauensantrag.

Abg. Weutter (Dnat.) sagt den Kommunisten, daß ihre Wahlsinnspolitik Schuld sei an dem Eingreifen der Reichswehr und dem Blute, das geflossen sei.

Damit schließt die Aussprache.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 8. Nov., nachmittags 1 Uhr: Kommunistischer Misstrauensantrag gegen die Regierung, zweite Beratung über den Antrag Dr. Kaiser auf Auflösung des Landtages.

Volk in Not!

Dem Befehlshaber des Wehkreises 4 sub herrschte auf Grund seiner Bekanntmachung vom 20. Oktober 1923 wertvolle Bekämpfung Mittel zugeflossen. Durch den weiteren Marktzug hat sich aber der Preis der Bekämpfung so vervielfacht, daß diese erste Hilfe nicht genügend sichtbar wird. In einem Aufruf an alle Erwerbs- und Berufskräfte wendet sich der Befehlshaber deshalb abermals an die Gebefähigkeit. Es gilt, den Hunger und die Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln zu bekämpfen. Hierzu bedarf es der Ausspannung der Kräfte des ganzen Volkes. Nicht lärgliche Almosen vom reichen Ueberflus, sondern wirkliche Opfer können allein helfen. Die mahachenden Verletzungen aller Erwerbs- und Berufskräfte haben den Schritt des Befehlshabers freudig begrüßt und ihre tätige Unterstützung zugesagt.

Die politische Krise.

Fraktionsführungen im Reichstag.

Im Reichstag hielten gestern nachmittags die Fraktionen der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten Stimmungen ab, in denen hauptsächlich die Frage behandelt wurde, ob eine Beteiligung der Deutschen Nationalen an der Reichsregierung möglich sei. Wenn auch in der Sitzung der deutschen Nationalen Fraktion kein Beschluß gefaßt wurde, so kam doch die Meinung zum Ausdruck, daß eine Beteiligung der Deutschen Nationalen an der Reichsregierung unter Beibehaltung der gegenwärtigen Regierungsform nur in Frage komme, wenn sie in der Regierung so vertreten werden, daß sie sich durchsetzen können. Voraussetzung sei ferner, daß alsbald auch die Zusammenfassung der preussischen Regierung entsprechend geändert werde. Die demokratische Fraktion verhielt sich völlig ablehnend gegenüber dem Gedanken, die Deutschen Nationalen in die Regierung aufzunehmen. Die Fraktionsberatungen und die Fühlungnahme der einzelnen Fraktionen untereinander sollen heute fortgesetzt werden.

Die Möglichkeit eines bürgerlichen Kabinetts unter Stresemann.

Auch im Laufe des gestrigen Nachmittags haben im Reichstage die verschiedenen Verhandlungen über die Möglichkeit der Ergänzung des Kabinetts stattgefunden. Die Auffassung parlamentarischer Kreise neigte am Abend dazu, daß die Möglichkeit eines bürgerlichen Kabinetts unter Dr. Stresemann mit Einschluß der Deutschen Nationalen etwas wahrscheinlicher geworden ist. In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß die Deutschen Nationalen sich in Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei bereit erklärt haben, unter bestimmten Voraussetzungen in ein bürgerliches Kabinett einzutreten. Ueber diese Möglichkeit wurde nachher zwischen der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten mehrfach in interfraktionellen Beratungen verhandelt. Von positiven Ergebnissen kann aber noch nicht gesprochen werden.

Ein Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlicht einen Aufruf an die Sozialdemokraten und Republikaner im Reich. Es sei heißt, Freischülerorganisationen zu bilden, die den Kampf mit den Organen der bürgerlichen Gewalt könne helfen. Die Sozialdemokraten und Republikaner werden aufgefordert, sich bereitzustellen.

Ueber Poincarés Antwort.

London. Die französische Antwort ist bekanntlich Montag abend bei der britischen Regierung eingegangen. Wie vermutet wurde, schlägt sie vor, daß die Sachverständigen das Zahlungsvermögen Deutschlands im gegenwärtigen Augenblick nur für eine beschränkte Anzahl von Jahren untersuchen sollen, entsprechend den von Poincaré in seiner Rede in Revers gegebenen Richtlinien. Es ist nicht deutlich gesagt, wie lang die Periode sein soll, auf die die Beisprechungen der Sachverständigen sich beziehen sollen. Der britische drahtlose Dienst meldet: Wenn auch verläutet, daß die Note Poincarés eine bemerkenswerte Annäherung an die Auffassung der anderen Verbündeten sei, so ist doch anzunehmen, daß eine weitere Annäherung zur Erreichung einer Einigung gemacht werden wird. In London wird nicht zugesagt, daß Frankreich oder irgend ein anderer Verbündeter das Recht hat, eine durch die Reparationskommission angeordnete Unteruchung einzuschränken. Der Versailler Vertrag bestimmt, daß es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Reparationskommission ist, die Quellen des deutschen Vermögens zu untersuchen. Die Aufgabe eines Untersuchungskomitees abzugeben, würde nur die Sache der Reparationskommission sein. Abgesehen von der zweifelhaften Legalität der Einwendungen Poincarés, würde eine Beschränkung der Unteruchung auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands in der Gegenwart und nahen Zukunft die Zweckmäßigkeit der Unteruchung so offenbar beschränken, daß die Mächte es wahrscheinlich nicht der Mühe für wert halten würden, sie zu unternehmen.